

BESCHLUSSVORLAGE	Gremium:	12. Plenarsitzung Gemeinderat
	STADT KARLSRUHE Der Oberbürgermeister	Termin: Vorlage Nr.: TOP: Verantwortlich:
Resolution des Gemeinderates "Karlsruhe - Stadt der Vielfalt"		

Beratungsfolge dieser Vorlage	am	TOP	ö	nö	Ergebnis
Gemeinderat	19.05.2015	1.1	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	Zustimmung
			<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	
			<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	

Antrag an den Gemeinderat / Ausschuss

Der Karlsruher Gemeinderat stimmt der Resolution zu.

Finanzielle Auswirkungen				nein <input type="checkbox"/>	ja <input type="checkbox"/>
Gesamtkosten der Maßnahme	Einzahlungen/Erträge (Zuschüsse u. Ä.)	Finanzierung durch städtischen Haushalt	Jährliche laufende Belastung (Folgekosten mit kalkulatorischen Kosten abzügl. Folgeerträge und Folgeeinsparungen)		
Haushaltsmittel stehen		Kontenart:			
Kontierungsobjekt:					
Ergänzende Erläuterungen:					
ISEK Karlsruhe 2020 - relevant	nein <input checked="" type="checkbox"/>	ja <input type="checkbox"/>	Handlungsfeld:		
Anhörung Ortschaftsrat (§ 70 Abs. 1 GemO)	nein <input checked="" type="checkbox"/>	ja <input type="checkbox"/>	durchgeführt am		
Abstimmung mit städtischen Gesellschaften	nein <input checked="" type="checkbox"/>	ja <input type="checkbox"/>	abgestimmt mit		

Seit Monaten finden hier in Karlsruhe regelmäßig Kundgebungen und Demonstrationen von Anhängern der KARGIDA nach dem Vorbild der PEGIDA-Bewegung in anderen deutschen Städten statt. Das zentrale Ziel, das sie eint, ist der Kampf gegen eine vermeintliche Islamisierung Europas, ihr Feindbild sind „Fremde“ und Flüchtlinge, deren Schutz durch unser Grundgesetz geregelt ist. Unsicherheit und Ängstlichkeit sind die Emotionen, die angesprochen werden sollen. Dabei scheuen die KARGIDA-Aktivisten auch nicht den Schulterchluss mit Rechtsradikalen, die unter den Rednern und Teilnehmerinnen und Teilnehmern der Kundgebungen in anteilmäßig großer Zahl zu finden sind. Zwar ist die Gesamtzahl der KARGIDA-Aktivisten recht klein und die Mehrzahl der Teilnehmerinnen und Teilnehmer an den Kundgebungen und "Spaziergängen" kommt nicht aus Karlsruhe selbst. Dennoch ist Karlsruhe damit unerfreulicherweise zu einem Treffpunkt der rechtspopulistischen und rechtsradikalen Aktivitäten in der Öffentlichkeit in Baden-Württemberg geworden.

Dies wollen wir nicht! Denn als eine Stadt mit vielfältigen demokratischen Traditionen und als Sitz der obersten deutschen Rechtsinstitutionen, des Bundesverfassungsgerichts, des Bundesgerichtshofs und der Bundesanwaltschaft, sieht sich die Stadt Karlsruhe in einer besonderen Verantwortung, an der Verwirklichung und Sicherung unserer demokratischen Werte und der Menschenrechte mitzuarbeiten. Deshalb wenden wir uns gegen alle Bestrebungen, die Nationalismus, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit propagieren.

Die Stadt Karlsruhe hat sich sowohl durch die Gemeinderatsresolution „Für Mitmenschlichkeit und Toleranz, gegen Fremdenfeindlichkeit und Gewalt“ aus dem Jahr 2000 als auch durch die Millenniumserklärung im Jahre 2007 dazu eindeutig positioniert. Zuletzt sprach sich der Gemeinderat im Mai 2013 anlässlich einer Neonazi-Demonstration in einer Resolution für Toleranz und Vielfalt im städtischen Miteinander und gegen Rechtsextremismus aus.

Die Basis für das tolerante und vielfältige Miteinander ist die Anerkennung und die Durchsetzung der Grund- und Menschenrechte. Aus dem gegebenen Anlass erneuert

der Gemeinderat der Stadt Karlsruhe sein Bekenntnis zu den Zielen der „Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte“ der Generalversammlung der Vereinten Nationen, wie er es bereits in seiner Resolution 2008 niedergelegt hat. Damals wie heute verpflichtet sich die Stadt, im Rahmen ihrer rechtlichen und politischen Möglichkeiten und unter Einbeziehung aller gesellschaftlichen Kräfte die notwendigen Voraussetzungen zu schaffen, dass die in Karlsruhe lebenden Menschen, gleich welcher Herkunft und Bekenntnisses, ein menschenwürdiges, den Forderungen der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte entsprechendes Leben führen können. Insbesondere verpflichtet sie sich, sich mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln gegen rassistische und sonstige die Menschenrechte gefährdende Bestrebungen zu stellen.

In den letzten Jahren haben die Stadt sowie ihre Bürgerinnen und Bürger mit der Aktion „Karlsruhe zeigt Flagge gegen rechts“ mehrfach erfolgreich gegen solche Bestrebungen mobil gemacht und damit gezeigt, dass sie zu den Werten von Toleranz, menschlichem Miteinander und Solidarität mit den Schwächeren stehen. Sie haben gezeigt, dass Fremdenfeindlichkeit und Rassismus sowie alle Bemühungen, die Verbrechen des nationalsozialistischen Regimes zu verharmlosen, in unserer Stadt keinen Platz haben. Der Karlsruher Gemeinderat unterstützt erneut eine Veranstaltung im Rahmen der Kampagne "Karlsruhe zeigt Flagge" am 23. Mai 2015, um Karlsruhe als weltoffene Stadt der Vielfalt zu präsentieren und um erneut zu zeigen: Karlsruhe steht gemeinsam für Toleranz und Vielfalt im städtischen Miteinander und gegen Extremismus in jeglicher Form - heute wie in der Zukunft.